



**Direkte Staatsleistungen an Kirchen
und Weltanschauungsgemeinschaften**
Eckpunkte für die öffentliche Debatte

Beschluss des Präsidiums des Bundesverbandes
Dortmund, 15. März 2014

zum Thema

Direkte Staatsleistungen an Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften

aus Sicht des Humanistischen Verbandes Deutschlands (HVD)

Eckpunkte für die öffentliche Debatte

1. Der HVD begrüßt die durch zahlreiche Medienberichte hervorgerufene neue Aufmerksamkeit für die Vermögensverhältnisse und Finanzströme der Kirchen. Größere Transparenz ist in diesem Bereich seit langem überfällig, insbesondere da staatliche Behörden (etwa beim Kirchensteuereinzug) und Geld aller Steuerzahler (bei direkten Staatsleistungen) involviert sind.
2. Der HVD fordert die Einlösung des Verfassungsauftrages (Art. 138 Abs. 1 WRV i.V.m. Art. 140 Grundgesetz) zur Ablösung der historisch begründeten direkten Staatsleistungen an die Kirchen. Der HVD fordert von den betroffenen Parlamenten und Regierungen der Länder bzw. des Bundes, bei den Verhandlungen mit den Kirchen über die Höhe noch zu leistender Ablösesummen die Interessen der nichtreligiösen Steuerzahler zu berücksichtigen und ist bereit, diese Verhandlungen aktiv zu begleiten.
3. Der HVD sieht Staatsverträge mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zur Regelung gemeinsamer Belange und übertragener Aufgaben als grundsätzlich legitim an.

4. Jenseits der staatlichen Refinanzierungen für alle freien Träger setzt sich der HVD für eine Neuregelung staatlicher Zuwendungen an religiöse und weltanschauliche Anbieter ein, die der gewachsenen Pluralität und Säkularität besser gerecht wird. Maßgeblich soll dabei der heutige Beitrag zur Wertebildung, Sinnggebung und Orientierung sein, den die jeweilige Gemeinschaft leistet – und nicht ihre einstige Größe oder verlorene Bedeutung. Grundsatz: „Parität statt Privileg!“

5. Der HVD ist eine anerkannte Weltanschauungsgemeinschaft und sieht sich selbst als verlässlicher Partner des demokratischen Rechtsstaates. Er ist bereit, für die Pflege des weltlichen Humanismus und der europäischen Aufklärung als ethische Basis und kulturelle Kraft künftig noch stärker öffentliche Verantwortung zu übernehmen. Deshalb strebt er auch als Bundesverband den Status einer K.d.ö.R. an.

6. Soweit bisher bereits Staatsverträge oder staatliche Zahlungen an Landesverbände des HVD bestehen, ist deren Rechtfertigung von historisch begründeten Ansprüchen der Kirchen zu entkoppeln, sofern eine solche Kopplung bisher besteht. Der HVD gewährleistet ein wertestiftendes Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangebot für Kirchenferne, Atheisten und Agnostiker, das der Staat aufgrund seiner weltanschaulichen Neutralität selbst so nicht anbieten kann. Der HVD erwartet aufgrund der besonderen Rolle, die ihm in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft zukommt, nicht weniger, sondern mehr öffentliche Unterstützung und ist zu entsprechenden Verhandlungen mit den jeweiligen Parlamenten und Regierungen bereit. Grundsatz:

„Keine Schlechterstellung derer, die bisher schon benachteiligt waren!“